



Gisela Elsner ist
Auslandsmitarbeiterin
der Konrad-Adenauer-Stiftung
in Uruguay.

KONTINUITÄT ODER WANDEL? DIE PARLAMENTS- UND PRÄSIDENTSCHAFTS- WAHLEN 2009 IN URUGUAY

Gisela Elsner

Am 29. November 2009 wurde José „Pepe“ Mujica von der Mitte-Links Koalition Frente Amplio (FA, übersetzt: Breite Front) im zweiten Wahlgang zum Staatspräsidenten Uruguays gewählt. Er wird das Amt am 1. März 2010 antreten. Der 74-jährige Mujica, ehemaliger *Tupamaro* des Movimiento de Liberación Nacional (MLN), der nahezu während der gesamten uruguayischen Militärdiktatur (1973–1984) zwölf Jahre lang unter zum Teil unmenschlichen Bedingungen in Haft saß, löst Tabaré Vázquez ab, der seit 2005 die erste FA-Regierung in der Geschichte des kleinen Landes am Río de la Plata angeführt hat. Der bescheiden auftretende und international angesehene Vázquez, Onkologe, der es sich auch als Staatspräsident nicht hat nehmen lassen, weiter zu praktizieren, beendet seine Amtszeit mit Zustimmungswerten über 70 Prozent. Die Fußstapfen, in die sein Nachfolger Mujica tritt, sind dementsprechend gross. Mujica und auch sein Vizepräsident, der ehemalige Wirtschaftsminister Danilo Astori, sind sich der Verantwortung bewusst, die sie für eine erfolgreiche Weiterführung des Projekts ihrer Koalition tragen, deren politisches Spektrum von Kommunisten und ehemaligen Guerrilleros wie dem neu gewählten Staatspräsidenten über Sozialdemokraten bis hin zu Christdemokraten reicht. Vázquez selbst konnte nicht noch einmal für das Amt kandidieren, da die uruguayische Verfassung keine Möglichkeit der

unmittelbaren Wiederwahl des Staatspräsidenten vorsieht. Bestrebungen, dies mittels einer Verfassungsänderung noch vor der Wahl doch zu ermöglichen, hatte Vázquez selbst kategorisch eine Absage erteilt und sich damit deutlich von der in der Region immer wieder feststellbaren Tendenz amtierender Staatspräsidenten distanziert, sich durch Verfassungsänderungen an der Macht zu halten.

Es unterlag bei dieser Wahl der ehemalige Staatspräsident Luis Alberto Lacalle, der für die grösste Oppositionspartei, den national-konservativen Partido Nacional (PN), angetreten war. Der heute 67-jährige Lacalle hatte von 1990 bis 1995 die Regierungsgeschäfte des Landes gelenkt und ist derzeit Senator und Vorsitzender des Directorio del Partido Nacional, des Leitungsorgans seiner Partei.

Es unterlag bei dieser Wahl der ehemalige Staatspräsident Luis Alberto Lacalle, der für die grösste Oppositionspartei, den national-konservativen Partido Nacional (PN), angetreten war. Der heute 67-jährige Lacalle hatte von 1990 bis 1995 die Regierungsgeschäfte des Landes gelenkt und ist derzeit Senator und Vorsitzender des Directorio del Partido Nacional, des Leitungsorgans seiner Partei.

DAS WAHLERGEBNIS

Die Entscheidung über den neuen Staatspräsidenten fällten die gut 2,5 Millionen wahlberechtigten und -pflichtigen Uruguayer im zweiten Wahlgang am letzten Sonntag im November, nachdem im ersten Wahlgang am 25. Oktober 2009 erwartungsgemäß keine politische Kraft die erforderliche absolute Mehrheit errungen hatte. Am zweiten Wahlgang nahmen mit Mujica (FA) und Lacalle (PN) nur noch die beiden Kandidaten teil, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erzielt hatten. Es reichte nun die einfache Mehrheit, um das höchste Amt im Staat zu erlangen. Nach den vom uruguayischen Wahlgericht bekannt gegebenen Ergebnissen wurde Mujica mit 52,4 Prozent der Stimmen gewählt. Sein Herausforderer Lacalle erhielt 43,5 Prozent. Mit 4,1 Prozent wurde der Anteil der leeren Wahlumschläge (votos en blanco) und ungültigen Stimmen vermerkt.

Kandidaten	Prozent
José Mujica	52,4
Luis Alberto Lacalle	43,5
Leere Wahlumschläge	2,3
Ungültige Stimmen	1,8
GESAMT	100,0

Quelle: Uruguayisches Wahlgericht, www.corteelectoral.gub.uy

DER ERSTE WAHLGANG AM 25. OKTOBER 2009

Beim ersten Wahlgang am 25. Oktober hatte der FA 48 und der PN 29,1 Prozent der Stimmen erlangt. Die Traditionspartei Partido Colorado (PC), die, nachdem sie über 150 Jahre die politischen Geschicke des Landes wesentlich bestimmt hatte, seit der letzten Wahl aber mit Umfragewerten unter zehn Prozent nahezu in der Bedeutungslosigkeit verschwunden war, erhielt 17 Prozent.

Beim ersten Wahlgang am 25. Oktober hatte der FA 48 und der PN 29,1 Prozent der Stimmen erlangt. Die Traditionspartei Partido Colorado (PC), die, nachdem sie über 150 Jahre die politischen Geschicke des Landes wesentlich bestimmt hatte, seit der letzten Wahl aber mit Umfragewerten unter zehn Prozent nahezu in der Bedeutungslosigkeit verschwunden war, erhielt 17 Prozent. Der PC-Kandidat war der 49-jährige Jurist Pedro Bordaberry, Sohn des

ehemaligen Staatspräsidenten Juan María Bordaberry, der das Land 1973 in die Militärdiktatur geführt hatte. Er gab noch in der Wahlnacht bekannt, dass er in der Stichwahl dem Kandidaten des PN, Luis Alberto Lacalle, seine Stimme geben würde, und forderte seine Anhänger auf, es ihm gleich zu tun. Der Partido Independiente (PI), die vierte im aktuellen Parlament vertretene Partei (ein Abgeordneter), erlangte mit ihrem Kandidaten Pablo Mieres 2,5 Prozent der Stimmen. Mieres war für einige der unentschlossenen Wähler eine Alternative, der Wahlpflicht zu genügen und keiner der anderen politischen Kräfte die Stimme zu geben. Jedoch sprach er keine Empfehlung für den zweiten Wahlgang aus und gab Zeitungsberichten zufolge im zweiten Wahlgang selbst einen leeren Wahlumschlag in die Urne. Einen ersten Sieg konnte der FA im ersten Wahlgang allerdings bereits für sich verbuchen: in beiden Kammern des Parlaments (Senat und Abgeordnetenhaus) erlangte das Regierungsbündnis erneut die Mehrheit. Große Änderungen in der Zusammensetzung gegenüber der aktuellen Legislaturperiode blieben gleichwohl aus.

Parlament ¹	Sitze 2005	Sitze 2010
Frente Amplio	69	67
Partido Nacional	47	39
Partido Colorado	13	22
Partido Independiente	1	2
GESAMT	130	130

Quelle: Uruguayisches Wahlgericht, www.corteelectoral.gub.uy

1 | Die Angaben beziehen sich auf den Senat und das Abgeordnetenhaus.

Die Sitzverteilung in beiden Kammern des Parlaments wird ab 2010 wie folgt aussehen:

Partei	Senat	Abgeordnetenhaus
Frente Amplio	16 + Senatspräsident	50
Partido Nacional	9	30
Partido Colorado	5	17
Partido Independiente	–	2
GESAMT	30 + 1	99

Quelle: Uruguayisches Wahlgericht, www.corteelectoral.gub.uy

VERJÄHRUNGSGESETZ UND BRIEFWAHLRECHT FÜR AUSLANDSURUGUAYER

Neben der Zusammensetzung des Parlaments und der Entscheidung über den künftigen Staatspräsidenten waren die Wähler im ersten Wahlgang auch dazu aufgerufen, per Plebiszit über zwei wichtige Themen abzustimmen, die in den vergangenen Jahren immer wieder die Gemüter des Landes beschäftigt hatten. Zum einen ging es um die Annullierung des Verjährungsgesetzes aus dem Jahr 1986,² das Teil der mit den Militärs ausgehandelten Rückkehr Uruguays zur Demokratie war, zum anderen um die Einführung des Briefwahlrechts für die ca. 500 000 im Ausland (vor allem in den USA und Europa) lebenden Uruguayer. Durch die Plebiszite sollte entschieden werden, ob eine Verfassungsänderung eingeleitet würde, derer es für beide Fälle bedurft hätte. Hierzu wäre eine fünfzigprozentige Zustimmung durch die Wähler erforderlich gewesen, die jedoch ausblieb: Für eine Annullierung des Verjährungsgesetzes sprachen sich lediglich 47 Prozent der Wähler aus, für die Einführung des Briefwahlrechts gar nur 37.

Bezüglich des Gesetzes über die Verjährung des staatlichen Strafanspruchs während der Militärdiktatur begangener Taten (Ley de Caducidad), hatte der amtierende Staatspräsident Vázquez schon bei Amtsübernahme klargestellt, dass er zwar die Aufarbeitung der Geschehnisse während der Militärdiktatur ent-

Bezüglich des Gesetzes über die Verjährung des staatlichen Strafanspruchs während der Militärdiktatur begangener Taten (Ley de Caducidad), hatte der amtierende Staatspräsident Vázquez schon bei Amtsübernahme klargestellt, dass er zwar die Aufarbeitung der Geschehnisse während der Militärdiktatur entschieden vorantreiben wolle, aber nicht beabsichtige, das Gesetz anzutasten.

2 | Vgl. Ley de Caducidad de la Pretensión Punitiva del Estado (Nr. 15.848), 22. Dezember 1986.

schieden vorantreiben wolle, aber nicht beabsichtige, das Gesetz anzutasten. Dieses sieht vor, dass der Strafanspruch für während der Diktatur von Angehörigen der Streitkräfte oder Polizei begangene Straftaten – in der Regel Tötung, Entführung und Folter – grundsätzlich verjährt ist. Allerdings sichert das Gesetz zu, dass die Taten untersucht und aufgeklärt werden sollen. Auf der Grundlage einer Entscheidung des Staatspräsidenten können Fälle von der Geltung des Verjährungsgesetzes ausgenommen werden (Artikel 3).

Ein entsprechendes Plebiszit zur Abschaffung des Gesetzes war bereits im Jahr 1989 gescheitert, als nur 43 Prozent der Bevölkerung dies befürwortet hatten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieses Referendums vor 20 Jahren war angezweifelt worden, ob man dasselbe Anliegen überhaupt erneut zur Abstimmung stellen konnte. Der Wahlgerichtshof hatte dies auf Grund einer Bürgerinitiative jedoch zugelassen, bei der sich gemäß der uruguayischen Verfassung ein Zehntel der Wähler für eine entsprechende Verfassungsänderung ausgesprochen hatten. Hinsichtlich des Briefwahlrechts hatte ein entsprechender Gesetzentwurf im Jahr 2007 nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Parlament erhalten. Daraufhin war im April 2009 mit einfacher Mehrheit die Durchführung einer Volksbefragung zu dem Thema verabschiedet worden. Die Gegner des Briefwahlrechts – das für im Land lebende Uruguayer im Falle der Verhinderung am Wahltag auch nicht gilt – führten mangelnde Transparenz und eine Gefährdung des Wahlheimnisses an.

DIE KANDIDATEN FÜR DAS HÖCHSTE AMT IM STAAT

José Mujica (FA) und Luis Alberto Lacalle (PN), die nach dem ersten Wahlgang als Bewerber um das Präsidentenamt feststanden, waren im Rahmen der Vorwahlen am 28. Juni 2009 mit der erforderlichen absoluten Mehrheit zu den Kandidaten ihrer jeweiligen Partei für das höchste Staatsamt bestimmt worden. Die Vorwahlen, die durch die Verfassungsreform 1996 eingeführt wurden, dienen dazu, dass sich jede Partei auf einen Kandidaten einigt. Sie werden im allgemeinen Sprachgebrauch in Uruguay als „interne Wahlen“ (elecciones internas) bezeichnet. Dies ist ungenau, denn tatsächlich kann jeder wahlberechtigte Bürger unabhängig davon, ob er Parteimitglied ist oder nicht, den Bewerber wählen, den er gern als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt sehen möchte. Die

Wahlen sind geheim und werden vom Wahlgericht organisiert, kontrolliert und ausgezählt. Eine Wahlpflicht besteht bei den Vorwahlen im Unterschied zu den eigentlichen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nicht. Wer siegreich aus der Wahl hervorgeht, bildet bei den Nationalwahlen mit dem von ihm bestimmten Kandidaten für das Vizepräsidentenamt die so genannte „fórmula“ der jeweiligen Partei.

Vizepräsidentschaftskandidaten waren für den FA der ehemalige Wirtschaftsminister Danilo Astori und für den PN der Senator Jorge Larrañaga. Beide waren vor den Vorwahlen lange Zeit als jeweiliger Kandidat für das Staatspräsidentenamt gehandelt worden, unterlagen jedoch am 28. Juni deutlich mit jeweils über zehn Prozent Abstand gegen ihre Herausforderer.

Mit Mujica und Lacalle standen sich beim Wettbewerb um das Präsidentenamt die beiden extremeren Gegensätze im politischen Spektrum gegenüber, als dies bei einem Wahlsieg Larrañagas und Astoris der Fall gewesen wäre. Vermutlich war es gerade die klare Abgrenzbarkeit, die das Ergebnis der Vorwahlen in Bezug auf diese beiden stärksten Kräfte bedingt hat. Larrañaga, der einige Monate zuvor Mujica zum Asado auf sein Landgut eingeladen und außerdem laut über die Möglichkeit einer Koalition nachgedacht hatte, was in Uruguay ein Novum gewesen wäre, wurde dies von den Wählern nicht gedankt.

Mit Mujica und Lacalle standen sich beim Wettbewerb um das Präsidentenamt die beiden extremeren Gegensätze im politischen Spektrum gegenüber, als dies bei einem Wahlsieg Larrañagas und Astoris der Fall gewesen wäre.

José „Pepe“ Mujica, ehemaliger Landwirtschaftsminister und Ex-*Tupamaro*, war bereits beim Kongress des FA im Dezember 2008 zum offiziellen Kandidaten des Regierungsbündnisses gewählt worden. Mujica war Kandidat seines Movimiento de Participación Popular (MPP), bestehend aus der kommunistischen Partei, dem Vertiente Artiguista sowie einigen kleineren Sektoren des FA. Nicht zuletzt aber war er der Kandidat des Volkes. Er selbst beschrieb sich immer wieder als der Präsident aller Uruguayer („El presidente de todos“) und ist unbestritten der Vertreter der ärmeren Bevölkerungsschichten. Mit seiner volksnahen Sprache konnte „el Pepe“ gerade bei diesen Schichten Stimmen für sich gewinnen. Er hatte im Vorwahlkampf u.a. den Standpunkt vertreten, dass ein Präsident fähig sein müsse, Enthusiasmus zu wecken, „sei es durch einen Hungerstreik (hier spielte er auf das Beispiel des bolivianischen Staatspräsidenten Evo Morales aus dem April 2009 an, Anm. d. Verf.) oder indem er sich mit der Bürokrati-

tie anlegt“. Mujica hatte in seiner Jugend zunächst dem Partido Nacional angehört, war dann zum MLN übergetreten und schließlich als *Tupamaro* in den Guerilla-Untergrund abgetaucht. Während der uruguayischen Militärdiktatur saß er jahrelang in Haft. Mit der Rückkehr der Demokratie gründete er gemeinsam mit anderen MLN-Anhängern den Movimiento de Participación Popular (MPP), der 1989 dem FA beitrug. Mujica ist seit 2005 mit der Senatorin Lucía Topolansky verheiratet, die ebenfalls dem MPP angehört und mit der er einen Teil seiner *Tupamaro*-Vergangenheit durchlebt hat.

Luis Alberto Lacalle versuchte mit den diesjährigen Wahlen eine Rückkehr nach seiner Amtszeit als Staatspräsident in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Er hatte lange Zeit ausgeschlossen, erneut als Bewerber des PN um das Präsidentenamt anzutreten.

Luis Alberto Lacalle versuchte mit den diesjährigen Wahlen eine Rückkehr nach seiner Amtszeit als Staatspräsident in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Er hatte lange Zeit ausgeschlossen, erneut als Bewerber des PN um das Präsidentenamt anzutreten. Sein Parteiflügel „Herrerismo“, dem er vorsteht, hatte erfolglos versucht, andere Kandidaten zu fördern.

Anfang 2008 wirkte Lacalle dann aber unter Hinweis darauf, dass sich „die Umstände geändert“ hätten, doch auf eine Nominierung durch den „Herrerismo“ hin, die im April 2008 schließlich erfolgte. Seither gewann er kontinuierlich an Zustimmung und wurde innerhalb eines Jahres vom Herausforderer zum Favoriten. Dies gelang ihm zum einen, indem er im Juni 2008 seinen Sektor „Herrerismo“ und den Sektor des Senators Francisco Gallinal, „Correntada Wilsonista“, in der Bewegung Unidad Nacional zusammenführte. Zum anderen milderte Lacalle seinen sehr liberalen Diskurs ab, der ihm noch 1990 in das Amt des Staatspräsidenten verholpen hatte. Auf seine Erfahrung als Staatspräsident berief er sich im Wahlkampf immer wieder. Dass seine Amtszeit durchaus kontrovers diskutiert wird, nicht zuletzt, weil in seinem Umfeld Korruptionsfälle aufgedeckt wurden, schien ihm zunächst nicht sonderlich geschadet zu haben, zumal er in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen pflegte, dass er mit der Zeit etwas bescheidener und weiser geworden sei.

DIE „ZWEITE REIHE“ – DANILO ASTORI (FA) UND JORGE LARRAÑAGA (PN) ALS VIZE-PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATEN

Liegen zwischen José Mujica und Luis Alberto Lacalle politische Welten, so trennen Mujica und seinen künftigen Vizepräsidenten zumindest Kontinente. Der 69-jährige Senator

Danilo Astori ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler mit langjähriger Universitätskarriere, u.a. als Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der staatlichen Universität, und Mitbegründer des FA im Jahr 1971. Er war in der Regierung des Staatspräsidenten Tabaré Vázquez zunächst Wirtschaftsminister. Mit seiner an wirtschaftlicher Stabilität und nachhaltigem Wachstum orientierten Politik konnte er internationales Ansehen und Vertrauen gewinnen. Im September 2008 gab er das Regierungsamt traditionsgemäß auf, um sich auf den Wahlkampf als Präsidentschaftskandidat konzentrieren zu können. Astori war der von Vázquez favorisierte Kandidat für die eigene Nachfolge. Dass dieses Ansinnen bereits beim Kongress des FA Ende 2008 scheiterte, war einer der Gründe, der Vázquez einige Monate später dazu bewog, aus der Sozialistischen Partei auszutreten. Entsprechend kompliziert gestalteten sich die Verhandlungen innerhalb des FA nach den Vorwahlen. Mujica hatte zwar gegen Astori gewonnen, brauchte diesen jedoch zugleich, um das Mitte-Links-Spektrum seiner Wählerschaft und damit einen Großteil derer, die die Regierung Vázquez fortgesetzt sehen wollten, für sich zu gewinnen. Es gelang Mujica schließlich, Astori davon zu überzeugen, mit ihm zusammen um eine Fortführung des Projekts des FA ab 2010 zu kämpfen und dabei insbesondere hinsichtlich der Definition der Wirtschaftspolitik im FA-Wahlprogramm eine Führungsrolle zu übernehmen. Im Laufe des Wahlkampfes gelang es Astori zunehmend, an Popularität zu gewinnen und schließlich gar Mujica zu übertrumpfen: Zum Zeitpunkt der Wahlen war er nach Tabaré Vázquez der beliebteste Politiker seines Landes.³

Der 52-jährige Jurist und Senator Jorge Larrañaga verhalf seinem Partido Nacional in den Stunden nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Vorwahlen zu einem strategisch wichtigen Schritt. Er erkannte den Sieg seines Herausforderers Luis Alberto Lacalle an, gratulierte ihm und akzeptierte sogleich dessen Angebot, als

Der 52-jährige Jurist und Senator Jorge Larrañaga verhalf seinem Partido Nacional in den Stunden nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Vorwahlen zu einem strategisch wichtigen Schritt. Er erkannte den Sieg seines Herausforderers Luis Alberto Lacalle an, gratulierte ihm und akzeptierte sogleich dessen Angebot, als Kandidat des PN für das Amt des Vizepräsidenten anzutreten.

3 | Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Equipos Mori erreichte Astori in den Wahlmonaten Oktober und November Popularitätswerte von 56 bzw. 59 Prozent gegenüber Mujica mit 50 bzw. 51 Prozent. Tabaré Vázquez übertrumpft beide mit 68 bzw. 71 Prozent. Vgl. hierzu: <http://www.equipos.com.uy/noticia/bordaberry-astori-y-vazquez-se-fortalecen-en-la-campana-2009/> [10.12.2009].

Kandidat des PN für das Amt des Vizepräsidenten anzutreten. Von 2004 bis September 2008 war der ehemalige Gouverneur (Intendente) des Departamento Paysandú Vorsitzender des Leitungsorgans der Partei, in dem alle Sektoren vertreten sind. Auch er hatte das Amt niedergelegt, um sich dem Wahlkampf als Präsidentschaftskandidat für seinen Sektor Alianza Nacional zu widmen. Bei den vorangegangenen Nationalwahlen im Jahr 2004 war er als Präsidentschaftskandidat des PN angetreten, nachdem er Luis Alberto Lacalle bei den Vorwahlen besiegt hatte. Damals sah es aus, als steuere die Traditionspartei auf einen Generationswechsel zu.

WARUM GEWANN DER FA ERNEUT?

Diese Parlaments- und Präsidentschaftswahlen brachten die Besonderheit mit sich, dass politische Kräfte miteinander konkurrierten, die alle bereits mindestens einmal die Regierung gestellt hatten. Dies gilt für die beiden traditionellen Parteien, Partido Colorado und Partido Nacional, die über ca. 150 Jahre hinweg in einem Zweiparteiensystem regierten. Nach der nun fast fünfjährigen Regierung des Frente Amplio strahlt aber auch ein bunt gemischtes Parteienbündnis keinen Zauber des Unbekannten mehr aus. Die Wahlen 2009 leiteten somit eine neue politische Ära ein.⁴ Hieraus ergibt sich die Frage, warum dem FA erneut ein Wahlsieg gelang.

Sechs Faktoren sind erkennbar, die das Wahlergebnis begründen können.⁵ Die ersten drei sind struktureller Natur, die drei übrigen liegen in der Person der Kandidaten und deren Wahlkampf begründet.

Erstens ist die uruguayische Wählerschaft ideologisch gefestigt und zu etwa 90 Prozent in der Lage, sich in der politi-

4 | Vgl. Luis Eduardo González, „Las elecciones uruguayas de 2009 y las perspectivas políticas 2010-2014“, Analyse im Rahmen des von der KAS Uruguay und der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Uruguay durchgeführten Projekts: *Monitor de la Campaña Electoral 2009*, Teil 4, (Montevideo: Konrad-Adenauer-Stiftung, 9. Dezember 2009), S. 5.

5 | Ignacio Zuasnabar, „Un final y un comienzo. Balance de las elecciones presidenciales 2009, y perspectivas hacia el futuro“, Analyse im Rahmen des von der KAS Uruguay und der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Uruguay durchgeführten Projekts: *Monitor de la Campaña Electoral 2009*, Teil 4 (Montevideo: Konrad-Adenauer-Stiftung, 9. Dezember 2009), S. 9 ff.

schen Rechts-Links-Kategorisierung einzuordnen. Seit etwa einem Jahrzehnt sind die politische Linke und das Spektrum Mitte-Links in Uruguay stärker als die Unterstützer für eine Rechts-/Mitte-Rechts Koalition. Damit besteht bei jedweder Wahl ein gewisser Vorteil für die Linke. Der nicht unerhebliche Anteil der Wähler, der sich selbst als der Mitte zugehörig definiert, stellt insofern einen Unsicherheitsfaktor dar, da er im Moment der Wahl dem einen oder anderen politischen Lager seine Stimme geben kann. Allerdings müsste sich dieser Anteil von Mitte-Wählern jedoch fast ausschließlich dem rechten Spektrum zuwenden, um den Vorteil der Linken auszugleichen.

Seit etwa einem Jahrzehnt sind die politische Linke und das Spektrum Mitte-Links in Uruguay stärker als die Unterstützer für eine Rechts-/Mitte-Rechts Koalition. Damit besteht bei jedweder Wahl ein gewisser Vorteil für die Linke.

Zweitens identifizieren sich etwa 70 Prozent der uruguayischen Wähler dauerhaft mit einer politischen Partei oder gehören dieser an, was ebenfalls zu einem stabilen Wahlverhalten führt. Der FA verfügt über die zahlenmäßig stärkste Anhängerschaft.⁶

Drittens spielt der Generationswechsel in der Wählerschaft eine Rolle. Die absolute Mehrheit der jungen Wähler bevorzugt den FA. Mit zunehmendem Alter wächst die Sympathie für die traditionellen Parteien (PN und PC). Dieser Prozess hat sich in den fünf Jahren seit der ersten FA-Regierung fortgesetzt, auch wenn er nicht mehr ganz so sichtbar war wie zuvor.

Abgesehen von diesen drei strukturellen Aspekten sind drei Faktoren erkennbar, die speziell in diesem Wahlkampf und in den Kandidaten begründet sind. Hier ist zu bedenken, dass der erste linke Staatspräsident in der Geschichte Uruguays seine Amtszeit mit historischen Zustimmungswerten um die 70 Prozent beendet. Damit erhält das Projekt der Linken insgesamt positivere Bewertungen als die vorangegangenen Regierungen der traditionellen Parteien. Objektive Indikatoren bestärken dies. Hierzu gehört die wirtschaftliche Entwicklung mit einem stabilen Wachstum und die Überwindung der Krise

6 | Ignacio Zuasnar, „Evaluación de las Elecciones Internas. Análisis y perspectivas de las Elecciones Nacionales de Octubre“, Analyse im Rahmen des von der KAS Uruguay und der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Uruguay durchgeführten Projekts „Monitor de la Campaña Electoral 2009“, Teil 2 (Montevideo: Konrad-Adenauer-Stiftung, 22. Juli 2009), S. 25 ff.

Die Reduzierung der Armut, eines der prioritären Ziele der politischen Linken, ist nur teilweise gelungen. Allerdings konnte der Anteil der Kinder, die in Uruguay unterhalb der Armutsgrenze geboren werden, von 55 bei Regierungsübernahme des FA auf ca. 38 Prozent gesenkt werden.

von 2002, die geringe Arbeitslosigkeit von etwa 6,4 Prozent⁷ und der gesteigerte Reallohn. Die Reduzierung der Armut, eines der prioritären Ziele der politischen Linken, ist nur teilweise gelungen. Allerdings konnte der Anteil der Kinder, die in Uruguay unterhalb der Armutsgrenze geboren werden, von 55 bei Regierungsübernahme des FA auf ca. 38 Prozent gesenkt werden.⁸

Vor diesem Hintergrund muss als weiterer wichtiger Faktor für den erneuten Sieg der Mitte-Links-Koalition der Wahlkampf von FA und PN betrachtet werden. Es herrscht Einigkeit bei den politischen Analysten, dass der Wahlkampf sich mehr auf die Person der Präsidentschaftskandidaten Mujica und Lacalle konzentrierte als auf die Debatte der politischen Inhalte. Das Ansehen beider Kandidaten nahm dadurch zumindest vorübergehend Schaden. Vor allem aber das Image Lacalles litt unter den Wahlkampfgefeuern auf eine Weise, die gerade angesichts der beträchtlichen Wahlkampf- und Regierungserfahrung Lacalles sowohl bei seinen politischen Gegnern als auch in seinen eigenen Reihen Verwunderung auslöste. Allerdings fiel auf, dass Lacalle den Wahlkampf weitgehend allein, allenfalls begleitet durch Jorge Larrañaga und ansonsten ohne besonders sichtbare Beteiligung prominenter Mitglieder des PN austrug. Ob dies an der eigenen Egozentrik oder an mangelnder Unterstützung durch seine Partei lag, ist schwer zu beurteilen. In jedem Fall blieben dem Wähler eine Reihe wenig glücklicher Äußerungen des Ex-Präsidenten während des Wahlkampfes in Erinnerung. So hatte dieser davon gesprochen, dass er an der Stelle ausländischer Investoren die endgültigen Wahlergebnisse abwarten würde, ehe er sich zu Investitionen in Uruguay entschliesse. Dies wurde als eine dem nationalen Interesse zuwider laufende Äußerung und auch als illoyal gegenüber der aktuellen Regierung des angesehenen Staatspräsidenten Tabaré Vázquez aufgefasst, der das Land aus einer Wirtschaftskrise in eine stabile Wachs-

7 | Vgl. Angaben des Instituto Nacional de Estadística (INE) für Oktober 2009, <http://www.ine.gub.uy/Comunicados/ech/ech1009.pdf> [10.12.2009]. Bei Regierungsübernahme des FA im März 2005 lag die Arbeitslosenquote mit 12,1 Prozent fast doppelt so hoch. Vgl. http://www.ine.gub.uy/banco%20de%20datos/act_emptydesem/ECH0101.xls [10.12.2009]

8 | Vgl. Angaben des Ministerio de Desarrollo Social (MIDES), Juli 2009, <http://www.mides.gub.uy/mides/colgado.jsp?contentid=2932&site=1&channel=mides> [10.12.2009].

tumsphase geführt hatte. Ferner hatte Lacalle angekündigt, dass er im Falle der Regierungsübernahme „mit der Motorsäge“ die öffentlichen Kosten senken wolle. Dies war von der politischen Linken mit der Kürzung von Sozialausgaben gleichgesetzt und stark kritisiert worden. Weiter hatte er vorgeschlagen, in den Armenvierteln Sanitäreinrichtungen zu installieren, in denen sich die Bewohner duschen, die Haare schneiden lassen und medizinische Versorgung erhalten könnten. Schließlich hatte er das bescheidene ländliche Wohnhaus seines Rivalen José Mujica despektierlich als „Höhle“ (auf Spanisch „sucucho“) bezeichnet, was angesichts der Tatsache, dass Mujica während der Militärdiktatur über zehn Jahre ohne Prozess in Haft saß, darunter mehrere Jahre isoliert in einem Erdloch, nur als geschmacklos bezeichnet werden kann. Gleiches gilt für eine Aussage von Lacalle Mitte Oktober in einem argentinischen Fernsehsender, wo er die Zahl der während der Diktatur Verschwundenen heruntergespielt und mit „einem halben Dutzend oder vielleicht einem Dutzend“ angegeben hatte, während deutlich mehr Polizisten und Militärangehörige durch die *Tupamaros* zu Tode gekommen seien. Diese Aussage wurde von Politikern – auch solchen seiner eigenen Partei – Rechtsanwälten, die Opfer der Diktatur vertreten, ehemaligen politischen Gefangenen und deren Angehörigen scharf kritisiert.

Auch Mujica hatte allerdings während des Wahlkampfes seinem persönlichen Stil folgend kein Blatt vor den Mund genommen. Er hatte den Vizepräsidentenwahlkandidaten des PN, Jorge Larrañaga, mit dem ihn traditionell ein gutes Verhältnis verbindet, als „Schoßhündchen“ von Lacalle bezeichnet, die Justiz als dritte Staatsgewalt angezweifelt, die große Zahl der unentschlossenen Wähler beschimpft und war in dem Buch eines uruguayischen Journalisten, das mit dem Titel *Pepe – Coloquios* erschien, mit harscher Kritik an Politikern des benachbarten Argentinien, aber auch an Vertretern aus seiner eigenen politischen Umgebung (einschließlich seines Vizepräsidentenwahlkandidaten Astori und des Präsidenten Vázquez) zitiert worden. Dadurch hatte er die Kritik des ansonsten kaum aus der Ruhe zu bringenden Staatspräsidenten auf sich gezogen, der einige der Äußerungen „schlicht als Dummheiten“ bezeichnet hatte. Beinahe war so eine Krise in der FA-Führung heraufbeschworen worden.

Wenn auch die Meinungen darüber auseinandergehen, ob Mujicas Wahlkampagne als gelungen bezeichnet werden

Wenn auch die Meinungen darüber auseinandergehen, ob Mujicas Wahlkampagne als gelungen bezeichnet werden kann, so ist man sich doch zumindest weitgehend einig, dass sie nicht derart schlecht war wie die seines Herausforderers Lacalle.

kann, so ist man sich doch zumindest weitgehend einig, dass sie nicht derart schlecht war wie die seines Herausforderers Lacalle. Immerhin konnten den Wählern am Ende offenbar einige zentrale Aspekte vermittelt werden. So arbeitete Mujica an seinem persönlichen Erscheinungsbild. Man kannte ihn nachlässig ge-

kleidet, unrasiert und oft auf der Grenze zur Ungepflegtheit, wodurch er sich in negativer Weise sowohl von seinem „compañero de fórmula“, dem Vizepräsidentenskandidaten Danilo Astori, als auch seinem Widersacher Luis Alberto Lacalle abhob, die sich beide stets im tadellosen Anzug und mit Krawatte auf der politischen Bühne bewegen. Mujica schien nun bis zu einem gewissen Grad zu akzeptieren, dass Kleider Leute (und auch Präsidenten) machen, und so waren in den Tagen vor einem Besuch Mujicas und Astoris beim brasilianischen Staatspräsidenten Luis Inacio Lula da Silva und bei der chilenischen Staatspräsidentin Michelle Bachelet im August die uruguayischen Zeitungen voll von Berichten darüber, dass Mujica sich für diese Reise bei einem Montevideaner Schneider einen Maßanzug schneiden ließ. Dieser Besuch bei Lula und Bachelet war ein wichtiger Punkt in Mujicas Wahlkampagne. Im In- und Ausland bestand (und besteht teilweise weiterhin) die Sorge, dass Uruguay sich unter einem Staatspräsidenten Mujica weg von der (von Vázquez, Lula und Bachelet vertretenen) gemäßigten Linken auf die populistische Linke zubewegen könnte, die in Bolivien, Ekuador und Venezuela vertreten wird. Diesem Zweifel begann Mujica nach seinem Sieg bei den Vorwahlen verstärkt entgegenzuwirken, indem er in Begleitung des international angesehenen Danilo Astori die bereits erwähnte Reise nach Brasilien und Chile antrat und keine Gelegenheit ausließ, insbesondere Lula als für ihn beispielhaften Staatspräsidenten zu bezeichnen. Schon im April 2009 hatte sich Mujica mit der Äußerung vernehmen lassen, dass Lula keine Revolution angezettelt, aber durch Sozialprogramme 50 Millionen Menschen aus Armut und Bedürftigkeit herausgeholt habe. Insgesamt gelang es, wenn man das Wahlergebnis betrachtet, insbesondere im letzten Teil der Wahlkampagne, Mujica als ernst zu nehmenden Präsidentenkandidaten darzustellen. In diesem Zusammenhang ist als einer der wahlentscheidenden Faktoren die Rolle des Kandidaten für das Vizepräsidentenamts, Danilo Astoris, hervorzuheben. Als erfolgreicher ehemaliger Wirtschaftsminister der Administration Vázquez von internationalem Renommee nahm er im Wahlkampf eine sichtbare Rolle an der Seite Mu-

gicas ein und wurde insbesondere für viele Wähler der Mitte zum Garanten für Stabilität und Kontinuität des unter Tabaré Vázquez begonnenen politischen Vorhabens. Nachdem Astori sich in der Folge seiner Niederlage gegen Mujica bei den Vorwahlen einmal, wenn auch mit einiger Mühe, dazu durchgerungen hatte, als Vizepräsident zu kandidieren, stellte er sich konsequent und daher überzeugend hinter das gemeinsame Projekt.

WAHLKAMPFENDSPURT

Gerade im Endspurt des Wahlkampfes nach dem ersten Wahlgang gelang es Mujica und Astori durch einen moderaten Kurs, ihre Wählerschaft (48 Prozent) für die Stichwahl zusammenzuhalten und sogar noch 4,4 Prozent Stimmen hinzuzugewinnen. Lacalles Mission war dagegen schwieriger und erwies sich schließlich

Gerade im Endspurt des Wahlkampfes nach dem ersten Wahlgang gelang es Mujica und Astori durch einen moderaten Kurs, ihre Wählerschaft (48 Prozent) für die Stichwahl zusammenzuhalten und sogar noch 4,4 Prozent Stimmen hinzuzugewinnen.

als unmöglich. Er musste zusätzlich zu seiner PN-Wählerschaft von gut 29 Prozent nicht nur sämtliche Colorado-Wähler (17 Prozent) für sich gewinnen, denen Pedro Bordaberry empfohlen hatte, Lacalle in der Stichwahl zu unterstützen, sondern auch noch alle Wähler des Partido Independiente (2,5 Prozent) überzeugen, wollte er Mujica übertrumpfen. In den ersten Novembertagen brachte der so genannte Fall Feldman einen Zeitverlust für die Kampagne des PN. Aufgrund eines Brandes wurde in der Nähe von Montevideo per Zufall ein Waffenarsenal gefunden. Dessen Eigentümer, der Wirtschaftsprüfer Saúl Feldman, lieferte sich ein Feuergefecht mit der Polizei, die sein Haus umstellte, bei dem sowohl ein Polizist als auch Feldman selbst ums Leben kamen. Im Laufe der Untersuchungen des Falls machten zunächst der ehemalige Staatspräsident Jorge Battle (PC), dann auch mehrere führende Politiker des PN Anspielungen, wonach Verbindungen zwischen dem Waffenarsenal und dem von José Mujica angeführten MPP bestehen sollten. Der PN-Abgeordnete Gustavo Borsari erwirkte gar eine parlamentarische Anfrage (interpelación) gegen Innenminister Jorge Bruni und Verteidigungsminister Gonzalo Fernández, die jedoch sogar aus PN-Reihen hinter vorgehaltener Hand kritisiert wurde. Eine Verbindung zwischen dem Waffenfund und dem MPP und Mujica konnte nicht nachgewiesen werden. Der PN verlor eine Woche Zeit, in der er sich nicht auf die oben beschriebenen Aufgaben und die Vermittlung von Inhalten im Hinblick auf die angestrebte Regierungsübernahme konzentrieren konnte. In

der verbleibenden Zeit bis zur Stichwahl berief sich Lacalle dann wiederholt auf das Schlagwort „Gleichgewicht“. Was damit gemeint war, wurde nicht ganz klar. Eine mögliche Interpretation war, dass dieser Begriff die „fórmula“ Lacalle-Larrañaga als ausgeglichen und moderat beschreiben und in Gegensatz zu Mujica stellen sollte. Es könnte damit aber auch auf die Aufteilung der Macht zwischen FA und PN in Bezug auf Parlament und Exekutive im Falle eines Wahlsieges Lacalles angespielt worden sein. Dass die Zuordnung des Konzepts „Gleichgewicht“ nicht eindeutig war und Raum zur Interpretation liess, muss als Schwachpunkt angesehen werden.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE ZWEITE FA-REGIERUNG

Dass der Sieg Mujicas bei der Stichwahl derart deutlich ausfiel, kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die zweite FA-Regierung vor großen Herausforderungen steht. Vieles kann nur im Konsens mit der Opposition erreicht werden.

Dass der Sieg Mujicas bei der Stichwahl derart deutlich ausfiel, kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die zweite FA-Regierung vor großen Herausforderungen steht. Vieles kann nur im Konsens mit der Opposition erreicht werden. Dafür muss die Arbeit auf ein solides Fundament gestellt werden – auch wenn der FA

im Parlament über die Mehrheit verfügt. Dies ist dem gewählten Präsident offenbar bewusst. Aufrufe zur Einheit waren in der Wahlnacht allenthalben vernehmbar. Einen ersten Schritt tat der amtierende Staatspräsident Tabaré Vázquez. Er hatte bereits vor dem Wahltag angekündigt, dass er dem Gewinner der Wahl persönlich gratulieren werde. So begab er sich in das nahe dem Ufer des Río de la Plata in der Altstadt Montevideos gelegene Hotel, in dem José Mujica und Danilo Astori mit ihren Anhängern auf die Ergebnisse warteten. Vázquez dankte allen Wählern und hob hervor, dass Uruguay mit dieser Wahl erneut seine demokratische Tradition unter Beweis gestellt habe. Er hatte zuvor bereits mit dem unterlegenen Luis Alberto Lacalle telefoniert und erinnerte daran, dass er selbst auch bereits einmal als Verlierer aus einer Präsidentschaftswahl hervorgegangen war (2004 gegen den damaligen Kandidaten des Partido Colorado, Jorge Batlle) und sich daher gut in die Lage Lacalles versetzen könne.

Der sichtlich bewegte Mujica vermittelte in seiner ersten Reaktion auf das Wahlergebnis vor Tausenden seiner begeisterten Anhänger Nachdenklichkeit. Er mahnte zum Respekt vor den Wählern, die ihre Stimme nicht ihm gegeben, sondern eine andere Option gewählt hätten und nun enttäuscht seien.

Als alter Kämpfer bat er seine Anhänger darum, dass es weder Sieger noch Besiegte geben dürfe. Er drückte allen Oppositionsparteien und ihren Vertretern, vor allem aber seinem Herausforderer Lacalle und dessen Vizepräsidentchaftskandidaten Larrañaga, seinen Respekt aus. Zudem entschuldigte er sich für den Fall, falls er während des Wahlkampfes mit seinem Temperament jemanden beleidigt habe. Ab jetzt werde man gemeinsam vorwärts gehen. Anschließend bedankte er sich bei Tabaré Vázquez, dem er seinen Sieg verdanke, und bei den Staatsschefs anderer Länder aus der Region, die ihm bereits zu seinem Wahlsieg gratuliert hätten. Er schloss mit den Worten, dass man sich sicher hier und da irren, aber niemals den Problemen den Rücken kehren werde.

Der Verlierer Luis Alberto Lacalle hielt am Wahlabend eine sehr staatsmännische Ansprache. Er bedankte sich bei Larrañaga für seine unermüdliche Begleitung während des Wahlkampfes, bei den Jugendlichen, die seinen Wahlkampf auf der Straße unterstützt hatten, den Wählern aus den Reihen des PC und den Wahlhelfern überall im Land. Besonders hob er den Telefonanruf des Staatspräsidenten Vázquez hervor. Auch wenn es Diskrepanzen mit dessen Regierung gebe, habe dieser doch seine Qualität als Präsident aller Uruguayer gestärkt. Lacalle forderte dazu auf, das Wahlergebnis zu respektieren. Er grüßte alle Wähler, sowohl die, die ihm ihre Stimme gegeben, als auch diejenigen, die José Mujica gewählt hätten. Mujica erkannte er als den neuen Präsidenten aller Uruguayer an und gratulierte ihm im Namen der vielen Wähler, die ihn – Lacalle – gewählt hätten. Als diese Äußerung von den Versammelten mit Ausdrücken des Missfallens quittiert wurde, wies er darauf hin, dass jeder, der an der Demokratie teilnehme, von vornherein wissen müsse, dass er zum Funktionieren des Systems und zur Anerkennung der Legitimität des Ergebnisses beitrage. Die Rolle des Partido Nacional bestehe nun in dem Dreiklang, „Soldaten der Freiheit, Hüter der Institutionen und Verteidiger der Gesetze“ zu sein. Letzteres, das Verteidigen der Gesetze, haben sich die „Blancos“ seit jeher auferlegt, und sich bei den geschichtsträchtigen Fehden mit den „Colorados“ gar buchstäblich auf die Stirn geschrieben. Dass das Land zweigeteilt gewählt habe, so Lacalle, ändere nichts daran, dass es sich um ein Volk handle, dass dieselben Probleme, Sehnsüchte und Hoffnungen teile.

Der Verlierer Luis Alberto Lacalle hielt am Wahlabend eine sehr staatsmännische Ansprache. Er bedankte sich bei Larrañaga für seine unermüdliche Begleitung während des Wahlkampfes, bei den Jugendlichen, die seinen Wahlkampf auf der Straße unterstützt hatten, den Wählern aus den Reihen des PC und den Wahlhelfern überall im Land.

„EL PRESIDENTE DE TODOS“

Mujica muss nun beweisen, dass er der Präsident aller Uruguayer („El presidente de todos“) ist und die Fähigkeit hat, das Land zu einen. Daran wird er von seinen Anhängern ebenso wie von der Opposition gemessen werden. Die Opposition muss ihre Wahlkampfversprechen in die Tat umsetzen und mit der Regierung des FA kooperieren.

Mujica muss nun beweisen, dass er der Präsident aller Uruguayer („El presidente de todos“) ist und die Fähigkeit hat, das Land zu einen. Daran wird er von seinen Anhängern ebenso wie von der Opposition gemessen werden. Die Opposition muss ihre Wahlkampfversprechen in die Tat umsetzen und mit der Regierung des FA kooperieren.

Gleich in den Tagen nach der Wahl traf sich Mujica mit den Führern aller im Parlament vertretenen Kräfte, namentlich Luis Alberto Lacalle (PN), Pedro Bordaberry (PC) und Pablo Mieres (PI). Dabei wurde u.a. geklärt, dass die von Mujica einmal angedeutete Möglichkeit, Vertreter der Opposition in sein Kabinett aufzunehmen, nicht zum Tragen kommen würde, wohl aber deren Beteiligung in den Kontrollgremien der „entes autónomos“, einer uruguayischen Sonderform autonomer Staatsbetriebe, die es seit Anfang des 20. Jahrhunderts unter anderem in den Bereichen Telekommunikation, Elektrizität und Wasserversorgung gibt, sowie einiger dezentraler Organe. Die Oppositionsparteien sollen selbst entscheiden, wen sie in die entsprechenden Gremien entsenden. Diese Lösung erschien vielen Kommentatoren als vernünftig, denn eine Beteiligung der Opposition im Ministerkabinett würde die Bildung einer Koalition voraussetzen. Dies würde den FA auch im Hinblick auf die Entscheidungen im Parlament binden. Da seine Partei dort in beiden Kammern die Mehrheit hat, besteht dieser Zwang für Mujica nicht. Dies wurde auch bei Gesprächen von keinem der drei Oppositionsvertreter gefordert.

KABINETTSBILDUNG

Gleichwohl war es die Zusammensetzung des Kabinetts, die den frisch gewählten Präsidenten nur eine Woche nach dem Wahlsieg aufgrund von parteiinternen Kämpfen vor eine erste Bewährungsprobe stellte. Mujica musste bei der Verteilung der Minister- und Staatssekretärsposten das innere Gleichgewicht der Gruppierungen respektieren, die den FA bilden, und so für Ausgewogenheit sorgen. Die Verteilung der Ämter sollte sich strikt nach den Ergebnissen bei der Wahl richten und bis Weihnachten abgeschlossen sein. War dieses Vorhaben zunächst vermeintlich auf einem guten Weg, so meldete sich

der Senator Rafael Michelini (Nuevo Espacio)⁹ zu Wort und reklamierte einen der drei Ministerposten, die Vizepräsident Astori als Anführer des Frente Líber Seregni (FLS) zustehen.¹⁰ Er beklagte sich darüber, dass Astori die Entscheidung über die seiner politischen Kraft zustehenden Ämter eigenmächtig getroffen habe. Die Forderung Michelinis stieß in den Reihen des FA weitgehend auf Ablehnung und brachte den Konsens insbesondere bezüglich des Kandidaten für das Amt des Wirtschaftsministers, Fernando Lorenzo, in Gefahr. Inzwischen konnten die Unstimmigkeiten ausgeräumt werden. Die Zusammensetzung des Ministerkabinetts ist nunmehr weitgehend geklärt, und die Ressortverteilung stellt sich bei Abschluss des Manuskripts wie folgt dar:

- Innere Angelegenheiten: Eduardo Bonomi (MPP)
- Äußeres: Luis Almagro (MPP)
- Verteidigung: Luis Rosadilla (Corriente de Acción y Pensamiento-Libertad)
- Wirtschaft: Fernando Lorenzo (FLS-Nuevo Espacio)
- Bildung und Kultur: N.N. (MPP)
- Industrie, Energie, Bergbau: Roberto Kreimerman (Partido Socialista, PS)
- Gesundheit: Daniel Olesker (PS)
- Verkehr: Enrique Pintado (FLS-Asamblea Uruguay)
- Landwirtschaft: Tabaré Aguerre (unabhängig)
- Tourismus und Sport: Héctor Lescano (FLS-Alianza Progresista)
- Arbeit: Eduardo Brenta (Vertiente Artiguista)
- Wohnungsbau: Graciela Muslera (MPP)
- Soziale Entwicklung: Ana Olivera (Partido Comunista).

Mujica ist es wichtig, Schlüsselressorts wie Inneres, Äußeres, Verteidigung und Bildung mit Vertrauten zu besetzen, wie aus der veröffentlichten Kandidatenliste hervorgeht. Der künftige Innenminister Eduardo Bonomi steht Mujica besonders nahe und wird, wenn wie geplant ein Ministerio de la Presidencia eingerichtet wird, dessen Leitung übernehmen. Als Innenminister soll in diesem Fall Jorge Vázquez, der Bruder des der-

9 | Sohn des ehemaligen Senators und FA-Mitbegründers Zelmar Michelini, der 1976 während der Militärdiktatur in Buenos Aires entführt und getötet wurde.

10 | Der FLS wurde Mitte 2009 von den FA-Gruppierungen Nuevo Espacio, Alianza Progresista, Asamblea Uruguay, Banderas de Líber und Movimiento de Integración Alternativa zur Unterstützung der Kandidatur Astoris für das Präsidentenamt gegründet.

zeitigen Staatspräsidenten Tabaré Vázquez, an die Spitze rücken. Er ist einstweilen als Staatssekretär in diesem Ministerium vorgesehen.

Schwierig gestaltet sich die Besetzung des Bildungsministeriums. Der von Mujica zunächst vorgeschlagene Agrarwissenschaftler und ehemalige Landwirtschaftsminister Ernesto Agazzi hat nach tagelangem Tauziehen die Übernahme des ihm zugedachten Postens ausgeschlagen.

Schwierig gestaltet sich die Besetzung des Bildungsministeriums. Der von Mujica zunächst vorgeschlagene Agrarwissenschaftler und ehemalige Landwirtschaftsminister Ernesto Agazzi hat nach tagelangem Tauziehen die Übernahme des ihm zugedachten Postens ausgeschlagen. Er erklärte, dass er sich nicht für geeignet halte, dieses Amt zu übernehmen, auch wenn er von Mujica, der ihn zur Übernahme jedweden Ministerpostens für in der Lage hielt, in einem Vier-Augen-Gespräch gebeten worden war, seine Entscheidung zu überdenken.

Als Alternative zu Agazzi wird der Name des derzeitigen Intendente (vergleichbar einem Regierenden Bürgermeister) von Montevideo, Ricardo Ehrlich (MPP), erwähnt. Dieser denkt aber zugleich laut über eine Wiederwahl bei den bevorstehenden Departamentalwahlen nach.

Das Bildungsressort gilt als eines der wichtigsten mit Blick auf die Herausforderungen der neuen Regierung, geht es doch um die Umsetzung der inzwischen verabschiedeten Bildungsreform. Im Vorfeld war bereits deutlich, dass Astoris FLS auf jeden Fall das Wirtschaftsministerium zustehen würde. Der Wirtschaftswissenschaftler Fernando Lorenzo, der schon unter Astori im Wirtschaftsministerium tätig war und dessen Wahlkampagne um das Amt des Staatspräsidenten geleitet hatte, gilt als ein Mann seines Vertrauens. Der Christdemokrat Héctor Lescano, der ebenfalls von Astori als Minister für Tourismus und Sport berufen wurde, ist das einzige Mitglied des Kabinetts Vázquez', das weiterhin sein Ministeramt innehaben wird. Bemängelt wurde, dass lediglich zwei Frauen unter den Ministern sein werden: Ana Olivera für soziale Entwicklung und Graciela Muslera für Wohnungsbau.

KONSENSSUCHE FÜR BILDUNG, INNERE SICHERHEIT, KLIMA, ENERGIE

Das Thema Bildung wurde von Mujica als eines der vier Themenfelder genannt, auf denen der FA mit den Oppositionsparteien zu einer Einigung über das weitere Vorgehen kommen möchte. Weitere drei Bereiche sind angesichts der zu-

nehmenden (Jugend-)Kriminalität und dem damit oft in Zusammenhang stehenden Drogenkonsum die innere Sicherheit, der Klimawandel und die Energieversorgung in dem immer wieder von Energieversorgungsengpässen gebeutelten Land. Zu diesen Themen sollen Arbeitsgruppen mit Vertretern aus Regierung und Opposition eingerichtet werden, die nach Konsenslösungen suchen sollen.

ERRUNGENSCHAFTEN DER FA-REGIERUNG VERTEIDIGEN, REFORMEN FORTSETZEN

Mujica, der immer wieder zu verstehen gab, dass die Regierung Vázquez die beste Werbeagentur für seinen Wahlsieg war, hat in den nächsten Jahren vor, die bestehenden Reformanstrengungen fortzusetzen. Der IRPF, die progressive Einkommensteuer (seit Mitte 2007 in Kraft), ist in den Augen der Regierung eine der wesentlichen Errungenschaften der Amtszeit. Danilo Astori war eine der Triebfedern des Projekts, das einkommensschwächere Bevölkerungsschichten entlasten und Bürger mit höherem Einkommen verstärkt in die Pflicht nehmen will. Lacalle machte hingegen die Abschaffung der Steuer zu einem seiner Wahlkampfthemen. Weitere Reformen betrafen das Bildungswesen, das mit dem Ende 2008 verabschiedeten Gesetz umfassend in Organisation und Inhalt geändert werden soll. Im Rahmen des so genannten Plan Ceibal (Conectividad Educativa de Informática Básica para el Aprendizaje en línea) wird daran gearbeitet, jedem Kind an öffentlichen Grundschulen einen Computer zur Verfügung zu stellen, der im Unterricht genutzt wird, um auch Kinder aus armen Familien an die Nutzung moderner Technologie heranzuführen. Bisher wurden bereits über 300 000 Computer verteilt. Eine Gesundheitsreform, die noch nicht endgültig umgesetzt ist, ermöglicht jedem uruguayischen Bürger eine Behandlung durch die Krankenhausdienste, unabhängig davon, ob er Mitglied des betreffenden Dienstes ist oder nicht. Durch staatliche Anreize wurde in der zweiten Hälfte der aktuellen Legislaturperiode der Zugang auch ärmerer Bevölkerungsteile zu einem Eigenheim erleichtert. In den ersten beiden Jahren ihrer Amtszeit setzte die Regierung Vázquez einen Notfallplan (plan de emergencia) um, mittels dessen für besonders von Armut und Bedürftigkeit betroffene Teile der Bevölkerung bessere Lebensbedingungen geschaffen werden sollten. Eine Verbes-

Mujica, der immer wieder zu verstehen gab, dass die Regierung Vázquez die beste Werbeagentur für seinen Wahlsieg war, hat in den nächsten Jahren vor, die bestehenden Reformanstrengungen fortzusetzen. Der IRPF, die progressive Einkommensteuer (seit Mitte 2007 in Kraft), ist in den Augen der Regierung eine der wesentlichen Errungenschaften der Amtszeit.

serung der Ausbildung und der Bezahlung der Polizei wurde eingeleitet, die bereits erste Erfolge zeigt. In diesem Zusammenhang ist auch das Ansehen der Polizei in der Bevölkerung leicht gestiegen.

Die Aufarbeitung der Diktaturvergangenheit wurde unter der aktuellen Regierung entschieden vorangetrieben. Auch wenn das Verjährungsgesetz nach wie vor in Kraft ist und nach dem Ausgang des bereits erwähnten Plebiszits bis auf Weiteres in Kraft bleibt, wurden doch die darin vorgesehenen Ausnahmetatbestände ausgeschöpft, um die Verantwortlichen für schwere Menschenrechtsverletzungen während der Diktaturzeit vor Gericht zu stellen. Im März 2009 erging ein erstes Urteil gegen ehemalige Polizisten und Armeeangehörige. Maßgebliche Akteure der Militärdiktatur wie der ehemalige Staatspräsident Juan María Bordaberry und sein Außenminister Juan Carlos Blanco wurden der Justiz zugeführt und sitzen in Hausarrest bzw. in Haft. Der ehemalige Armeechef und Diktator Gregorio „Goyo“ Álvarez wurde wenige Tage vor der Wahl im Oktober zur Höchststrafe von 25 Jahren Haft wegen Verbrechen während der Militärdiktatur verurteilt.

Eine besondere Herausforderung wird die Staatsreform sein, mittels derer die Staatsverwaltung modernisiert sowie bürgerfreundlicher und effizienter gemacht werden soll. Hier muss Mujica mit dem Widerstand der Gewerkschaften rechnen, die jahrzehntelange Pfründe schwinden sehen. Mujica hat bereits angekündigt, dass er die Reform zusammen mit den Gewerkschaften und den Staatsbeamten erreichen möchte.

URUGUAY IN DER REGION UND IN DER WELT

Das Thema Außenpolitik spielte im Wahlkampf eine vergleichsweise geringe Rolle, wenn man bedenkt, dass Uruguay als kleines Land auf gute, lebendige Beziehungen in der Region und in der globalisierten Welt angewiesen ist. Besonders in Erinnerung geblieben sind einzig die bereits erwähnten Äußerungen über den brasilianischen Staatspräsidenten Lula als Vorbild.

Das Thema Außenpolitik spielte im Wahlkampf eine vergleichsweise geringe Rolle, wenn man bedenkt, dass Uruguay als kleines Land auf gute, lebendige Beziehungen in der Region und in der globalisierten Welt angewiesen ist. Besonders in Erinnerung geblieben sind einzig die bereits erwähnten Äußerungen über den brasilianischen Staatspräsidenten Lula als Vorbild. Mujica erkennt die Notwendigkeit, das südamerikanische Integrationsbündnis MERCOSUR zu

beleben und vor allem die nahezu eingefrorenen Beziehungen zum Nachbarland Argentinien wieder zu verbessern. In Folge

des eskalierten Streits zwischen beiden Ländern über eine Zellulosefabrik am uruguayischen Ufer des Río Uruguay gibt es nicht nur einen Rechtsstreit vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, sondern auch eine seit über drei Jahren permanent von Aktivisten blockierte Brücke über den Uruguay-Fluss, die eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Ländern darstellt. Mujica hat über das Thema bereits am Rande des MERCOSUR-Gipfels Anfang Dezember in Montevideo mit der argentinischen Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner gesprochen und will sich mit den Aktivisten, die die Brücke blockieren, treffen. Bei dem genannten Gipfel kam es zu einem ersten Zusammentreffen Mujicas mit den Staatsechefs des Integrationsbündnisses und anderer assoziierter Staaten, das eine freundliche Aufnahme des künftigen Kollegen ermöglichte.

Astori war jüngst mit der Einschätzung zu vernehmen, dass Uruguay mit Blick auf den MERCOSUR einen „offenen Regionalismus“ vertreten sollte. Es sei für das kleine Land absolut unerlässlich, Mitglied des Integrationsbündnisses zu sein. Allerdings bräuchten die kleinen Mitgliedstaaten Paraguay und Uruguay zur Erfüllung der Verpflichtungen aus der MERCOSUR-Agenda noch mehr Zeit. Das Verhältnis Mujicas zum venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chávez wird von der Opposition und auch den Nachbarländern kritisch beobachtet. Chávez hatte Mujica am Wahlabend enthusiastisch zu seinem Sieg gratuliert, war zum MERCOSUR-Gipfel angereist und versprach dem gewählten Präsidenten Öl für die nächsten hundert Jahre sowie Unterstützung bei der Wiederbelebung des Eisenbahnverkehrs in Uruguay. Es gab einen öffentlichen Auftritt der beiden in einer mittels venezolanischer Finanzierung wiedereröffneten Glasfabrik. Mujica lud den Venezolaner ferner zu einem Abendessen mit den Mitgliedern seines künftigen Kabinetts ein.

AUSBLICK: CAMBIO NON TROPPO

Was ist zu erwarten von diesem unkonventionellen neuen Staatspräsidenten? Er selbst hat in einem Interview mit einem uruguayischen Fernsehsender gesagt, dass er das Mandat der Wähler so verstehe, dass sie Wandel und Reformen wünschten, aber keine Revolution oder Abenteuer im Auge hätten. „Cambio non troppo“, nannte Mujica das. Uruguays Wähler sind letztlich konservativ. Die Opposition wird ihn hinsichtlich ihrer Einbindung bei wichtigen Themen des

nationalen Interesses beim Wort nehmen und diese Beteiligung einfordern.

Was die grösste Oppositionspartei, den PN, angeht, so muss sie ihre Wahlniederlage schonungslos analysieren, wenn sie nicht in eine Krise geraten will, wie der PC in den letzten Jahren. Lacalle und auch andere führende PN-Politiker wie der Senator Sergio Abreu haben bereits wissen lassen, dass die Partei ihren Dialog mit der Gesellschaft auf Grundlage der Veränderungen und insbesondere der sozialen Sensibilitäten überdenken müsse.

Was die grösste Oppositionspartei, den PN, angeht, so muss sie ihre Wahlniederlage schonungslos analysieren, wenn sie nicht in eine Krise geraten will, wie der PC in den letzten Jahren. Lacalle und auch andere führende PN-Politiker wie der Senator Sergio Abreu haben bereits wissen lassen, dass die Partei ihren Dialog mit der Gesellschaft auf Grundlage der Veränderungen und insbesondere der sozialen Sensibilitäten überdenken müsse. Auch über Personalia wird zu sprechen sein, und in diesem Zusammenhang über das Thema neue Führung und Generationswechsel. Jorge Larrañaga wird versuchen, seine Führungsrolle wieder zu stärken, was ihm vor allem mit Blick auf seinen guten „Draht“ zu José Mujica gelingen könnte.

Das Thema Generationswechsel sollte allerdings auch den FA beschäftigen. Mujica und Astori sind 74 bzw. 69 Jahre alt. Das vorgesehene Kabinett ist im Altersdurchschnitt etwas jünger als das erste von Tabaré Vázquez. Es ist schon jetzt davon die Rede, dass bei der nächsten Wahl 2014 der angesehene Vázquez noch einmal als Präsidentschaftskandidat des FA kandidieren könnte. Er wäre dann ebenso alt wie Mujica heute. Mag seine Regierungsführung noch so erfolgreich gewesen sein – eine Demokratie lebt nicht nur von der Rotation der politischen Kräfte, sondern auch vom Wechsel der Führungsfiguren innerhalb der Parteien.

Mujica ist sich der Tatsache bewusst, dass er das höchste Amt im Staat im vorgerückten Alter übernimmt. Im Zusammenhang mit seiner Dialogbereitschaft bezüglich aller Akteure aus Politik und Wirtschaft äusserte er, dass er sich „sogar mit dem Heiligen Geist“ treffen würde – damit er an dem Tag, „an dem Gott mich von der Erde holen will, ein gutes Wort für mich einlegt, dass er mich noch ein bisschen auf der Erde lässt!“

Nun steht erst einmal die Sommerpause bevor, um den Regierungsübergang zum 1. März 2010 vorzubereiten. Zugleich müssen die Parteien auf eine weitere Wahl hinarbeiten, die im Mai 2010 stattfinden wird: Neben den Wahlen der Gouver-

neure (intendentes) in den 19 Departamentos Uruguays sowie der entsprechenden, dezentralen Volksvertretungen (juntas departamentales) werden erstmals in etwa 100 neu geschaffenen Kommunaladministrativen (municipios) die jeweiligen Bürgermeister (alcaldes) gewählt. Grundlage für die Einrichtung dieser dritten Verwaltungsebene ist das neue Dezentralisierungsgesetz. Viel Zeit zum Durchatmen bleibt der neuen Regierung also nicht.